

96. Frühjahrskonferenz der Justizministerinnen und Justizminister

5. und 6. Juni 2025 in Bad Schandau

Tagesordnung

(Stand: 28. Mai 2025)

I.

1. Beschleunigung gerichtlicher Asylverfahren

Berichterstattung: Sachsen

2. Gerichtliche Asylverfahren beschleunigen durch schriftliche Verfahren

Berichterstattung: Hessen

3. Verlängerung der Frist des § 131 Absatz 5 Satz 5 Sozialgerichtsgesetz

Berichterstattung: Sachsen

4. Rechtssicherheit bei Verzögerungen im Rahmen der Schöffenwahl: Verlängerung der Amtsperiode bis zum erfolgreichen Abschluss der Schöffenwahl

Berichterstattung: Sachsen

5. Ermöglichung der Verwendung von Echtdateien zu Test- und Entwicklungszwecken – Anpassungsbedarf bei den Verfahrensvorschriften

Berichterstattung: Sachsen

6. Eine gemeinsame elektronische Verfahrensakte für alle Länder

Berichterstattung: Sachsen, Berlin

7. Once-Only-Prinzip auch im Nachlass- und Grundbuchverfahren – Effizienter Datenaustausch zwischen Standesämtern, Nachlassgericht und Grundbuchamt

Berichterstattung: Bayern, Baden-Württemberg

8. Umfang und Reichweite der Prüfungsanforderungen an die Registergerichte - Vereinfachung der Eintragung von Vereinsgründungen, Satzungsänderungen und Änderungen des Vorstands

Berichterstattung: Rheinland-Pfalz

9. Qualitativ hochwertige Betreuung nachhaltig sichern durch Abbau unnötiger bürokratischer Hürden im Betreuungsrecht

Berichterstattung: Bayern, Baden-Württemberg, Brandenburg

10. Gewinnung beruflicher Betreuer erleichtern: Angestellten eines beruflichen Betreuers die Registrierung als Betreuer ermöglichen

Berichterstattung: Nordrhein-Westfalen, Bayern

11. Späte Wiedergutmachung: Restitution von NS-verfolgungsbedingt entzogenem Kulturgut erleichtern

Berichterstattung: Hamburg

12. Steigerung der Attraktivität des Erbbaurechtes zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum

Berichterstattung: Hessen

- 13. Neuanfang für Opfer von häuslicher Gewalt erleichtern – Beendigung gemeinsamer Mietverträge beschleunigen**

Berichterstattung: Hamburg

- 14. Stärkung von Kindes- und Gewaltschutz – rechtssichere und schnelle Einbeziehung polizeilicher Erkenntnisse in familiengerichtliche Verfahren**

Berichterstattung: Sachsen, Berlin, Hamburg

- 15. Stärkung des Unternehmensstandorts Deutschland – Klare Regeln für das Beschlussmängelrecht der GmbH**

Berichterstattung: Berlin

- 16. Übertragung von Kommanditanteilen erleichtern durch mehr Rechtssicherheit bei Teilabtretungen**

Berichterstattung: Berlin

- 17. Gesellschaft mit gebundenem Vermögen – Schaffung einer neuen Rechtsform für nachhaltiges Unternehmertum!**

Berichterstattung: Nordrhein-Westfalen

- 18. KI und Urheberrecht - Urheberrechtliche Folgerungen aus der zunehmenden Verbreitung von Künstlicher Intelligenz**

Berichterstattung: Nordrhein-Westfalen

- 19. Bekämpfung strafbarer Online-Inhalte – Erfordernis klarer und effektiver Rechtsgrundlagen für Anordnungsbefugnisse im Einzelfall sowie für Meldepflichten**

Berichterstattung: Bayern

- 20. Rechtsschutz im Revisionszulassungsrecht der Finanzgerichtsordnung erweitern
– Effektivität der Revisionsinstanz steigern**

Berichterstattung: Nordrhein-Westfalen

- 21. Verankerung einer Doppelspitze in der Gerichts- und Behördenleitung im Gerichtsverfassungsgesetz**

Berichterstattung: Baden-Württemberg

- 22. Unterstützung der Bildungsministerkonferenz durch eine bundesweit abgestimmte Ermittlung des justizseitigen Bedarfs an staatlichen Prüfungen und Anerkennungen im Sinne des § 3 Absatz 2 Satz 1 GDolmG**

Berichterstattung: Nordrhein-Westfalen

- 23. Entsendung einer Vertreterin bzw. eines Vertreters der Landesjustizverwaltungen als stellvertretendes Mitglied in das Kuratorium der Stiftung Forum Recht**

Berichterstattung: Hamburg, Sachsen

- 24. Zukunft der Kammer für Handelssachen**

Berichterstattung: Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen

- 25. Auswirkungen der Anhebung des Zuständigkeitsstreitwerts auf die PEBB§Y-Fortschreibung in der ordentlichen Gerichtsbarkeit und bei den Staatsanwaltschaften im Jahr 2027**

Berichterstattung: Baden-Württemberg

- 26. Steigerung der Attraktivität von Sanierungsmoderationsverfahren nach §§ 94 ff. StaRUG**

Berichterstattung: Niedersachsen

27. Gesetzliche Regelung zu No-Show-Klauseln / Terminausfallpauschalen

Berichterstattung: Niedersachsen

28. Datenschutz und Datensparsamkeit im Handelsregister

Berichterstattung: Mecklenburg-Vorpommern

29. Pakt für den Rechtsstaat – Beteiligung des Bundes

Berichterstattung: Mecklenburg-Vorpommern

30. Mehr Möglichkeiten für den Nachweis der erforderlichen Fachkenntnisse für Gerichtsdolmetscherinnen und Gerichtsdolmetscher schaffen

Berichterstattung: Niedersachsen

31. Einsatz der Elektronischen Aufenthaltsüberwachung zum Schutze von Opfern häuslicher Gewalt

Berichterstattung: Hessen

II.

1. Angriffe auf Ärzte und medizinisches Personal - Angemessene Ahndung und Verbesserung des strafrechtlichen Schutzes

Berichterstattung: Niedersachsen

2. Regelhafte Entscheidung über strafrechtliche Revisionen im Beschlusswege

Berichterstattung: Sachsen

3. **Vereitelung von Vermögensabschöpfungsmaßnahmen sanktionieren**
Berichterstattung: Hessen
4. **Kritische Überprüfung der statistischen Berichtspflichten zur Telekommunikationsüberwachung in der StPO**
Berichterstattung: Hessen
5. **Absehen von der Strafvollstreckung gemäß § 456a StPO bei freiwilliger Ausreise des Verurteilten**
Berichterstattung: Hessen
6. **Reformstau beenden und Digitalisierung im Strafprozess weiterdenken**
Berichterstattung: Bayern, Hessen
7. **Überprüfung der Straftatenkataloge für verdeckte Ermittlungsmaßnahmen**
Berichterstattung: Bayern
8. **Zulassung der Erhebung von gespeicherten Standortdaten des Autobahnmautsystems**
Berichterstattung: Bayern
9. **Bewahrung und Stärkung einer effektiven internationalen Strafrechtspflege – IRG-Novellierung mit Augenmaß**
Berichterstattung: Berlin, Sachsen
10. **Überflüssige Rechtsbehelfe bei der Umsetzung des "E-Evidence-Paketes"**
Berichterstattung: Berlin
11. **Verbesserung der Vermögensabschöpfung beim illegalen Hawala-Banking**
Berichterstattung: Berlin

12. Haftgrund der Wiederholungsgefahr bei § 89a StGB

Berichterstattung: Bremen

13. Jahresbericht über die Beteiligung der Länder in EU-Angelegenheiten auf dem Gebiet des Strafrechts

Berichterstattung: Nordrhein-Westfalen, Bayern

14. Optimierung des gesetzlichen Rahmens für den Umgang mit Asservaten

Berichterstattung: Hamburg, Hessen

15. Flexibilisierung des Einsatzes von Angestellten als Ermittlungspersonen

Berichterstattung: Schleswig-Holstein

16. Erweiterung des Umfangs der nach § 81e Absatz 2 Satz 2 StPO zulässigen DNA-Untersuchung auf die biogeographische Herkunft

Berichterstattung: Baden-Württemberg, Bayern

17. Ordnungswidrigkeiten wirksam sanktionieren – Vermögensabschöpfung in bedeutenden Fällen

Berichterstattung: Berlin

18. Bildbasierte sexualisierte Gewalt – Verbesserung des strafrechtlichen Schutzes

Berichterstattung: Niedersachsen

19. Einführung eines Unternehmenssanktionenrechts

Berichterstattung: Mecklenburg-Vorpommern

20. Tötungsdelikte an Frauen – Ergänzung des § 211 Absatz 2 des Strafgesetzbuches um ein weiteres Mordmerkmal

Berichterstattung: Niedersachsen

III.

Änderung des Wehrpflichtgesetzes mit dem Ziel der Nichtheranziehung von Justizvollzugsbediensteten zum Wehrdienst

Berichterstattung: Bremen

IV.

1. Pakt für den Rechtsstaat 2025-2029

Berichterstattung: Niedersachsen

2. Austausch über die Benennung einer Vertreterin oder eines Vertreters der JuMiKo für die gemeinsame Arbeitsgruppe der FMK und JuMiKo zur „Förderung der Versteigerbarkeit von Grundstücken zugunsten des gesetzlichen Staatserben“